

Bevölkerungspolitik, reproduktive Rechte & Feminismus.

Bevölkerungspolitik als Allheilmittel – oder: wie (zu) einfache Argumente den Blick trüben

Annemarie Sancar und Leena Schmitter¹

1	Freiwillige Familienplanung	2
1.1	Familienplanung des <i>population establishments</i>	2
1.2	Fragen an die «freiwillige Familienplanung»	3
2	Familienplanung in der Entwicklungszusammenarbeit	5
3	Familienplanung als Kosten-Nutzen-Rechnung	5
4	Frauenrechte und Selbstbestimmung	6
4.1	Auslesepolitik im Fokus feministischer Kritik	6
4.2	Frauenrechte im Sog neoliberaler Paradigmen	7
5	Familienplanung: Fremdenfeindliches Paradigma hinter humanistischer Maske	8
6	Endnoten	10
7	Literatur	12

Dieser Anhang zum Buch «Die unheimlichen Ökologen» (Rotpunktverlag Zürich, 2014) ist frei verfügbar. Er ergänzt und erweitert den im Buch enthaltenen Beitrag von Annemarie Sancar und Leena Schmitter. Mehr Infos zum Buch unter www.unheimliche-oekologen.ch

1 Einleitung

Die Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – Zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» von Ecopop verknüpft Umweltprobleme und die globale Weltbevölkerung. Sie konstruiert damit eine fragwürdige postkoloniale Idee einer bedrohlichen «Überbevölkerung». Um dieser «Überbevölkerung» entgegen zu treten, propagiert Ecopop die «freiwillige Familienplanung».²

In der Jubiläumsschrift von Ecopop werden mittels Theorien und Zahlen die Vorteile einer «freiwilligen Familienplanung» im globalen Süden als wirksames Mittel für Klimaschutz plausibilisiert. Denn wo immer Familienplanung stattfindet, so jedenfalls die Behauptung, gehe die Kinderzahl pro Frau und damit auch die Bevölkerungszahl zurück. Der Nutzen der hier investierten Gelder «lohne» sich also in Hinblick auf den Nutzen für den Umweltschutz. Denn gemäss Ecopop-Rechnung bedeuten weniger Menschen auch prozentual weniger Umweltbelastungen.

Ecopop bezieht sich in ihren Ausführungen auf die UNO-Weltbevölkerungskonferenz in Kairo von 1994³, auf welcher Reproduktive Gesundheit und Reproduktive Rechte in der internationalen Bevölkerungspolitik verankert wurden. Die Organisation spricht sich für die Stärkung (Empowerment) von Frauen und deren Recht auf Zugang zu Verhütungsmitteln aus und positioniert sich damit auch in der Nähe von Frauenrechtsorganisationen. Durch diese Positionierung grenzt sie sich zum Beispiel zum vatikanischen Fundamentalismus ab.⁴

Doch auch wenn Ecopop ihre Initiative in einem globalen Weltgeschehen situiert, muss die Forderung nach freiwilliger Familienplanung in der Entwicklungszusammenarbeit kritisch hinterfragt werden. Denn eine Klimapolitik mittels bevölkerungspolitischen Massnahmen widerspricht den Prinzipien einer auf Grundrechte basierten, feministischen und nachhaltigen Politik, die eine solidarische Welt im Fokus hat.

2 Freiwillige Familienplanung

Familienplanung umfasst sowohl Fragen zur Gestaltung individueller Lebensformen als auch zur Rolle, die dabei staatliche und nichtstaatliche Akteurinnen und Akteure spielen. Freie Familienplanung wurde 1968 von der UN als Menschenrecht deklariert und ist seitdem Bestandteil kritischer Auseinandersetzungen. Diese beschäftigen sich ebenso mit der Tötung weiblicher Kleinkinder in Indien wie der erschwerten Verwirklichung vom Kinderwunsch homosexueller Paare, den Entwicklungen in der Pränataldiagnostik sowie den spezifischen Ausrichtungen staatlich geförderter, «freiwilliger Familienplanung».⁵ Denn eine auf die Reduktion von Geburtenraten abzielende staatliche Bevölkerungspolitik, die gleichzeitig Familienplanung als freiwillig betont, kann sich als widersprüchlich herausstellen. Werden nur bestimmte Handlungsspielräume gefördert und bestimmte Planungsmuster belohnt – andere mitunter bestraft, entspricht dies nicht einer ganzheitlichen und nachhaltigen Konzeption einer solidarischen Gesellschaft.

2.1 Familienplanung des *population establishments*

Unter *population establishment* (Bevölkerungslobby), dem auch Ecopop zugerechnet werden kann, versteht die kritische Sozialwissenschaft das Netzwerk aus Privatstiftungen, Think Tanks, multilateralen Behörden und nationalen Entwicklungsbehörden. Das Netzwerk setzt sich für eine Reduktion des weltweiten Bevölkerungswachstums ein, wobei es aber ohne demokratische Legitimation funktioniert.

Das Ziel der bevölkerungspolitischen Strategien des *population establishments* ist die Reduktion der Anzahl Kinder pro Frau auf das «richtige Mass» mittels Familienplanung. Die im Fokus stehenden Frauen werden dabei nicht nur als gebärende, sondern auch als lernfähige und selbstbestimmende Individuen angesprochen.⁶ In Armut lebende Frauen haben aber oft weder Zugang zu Bildung, zu einer sinnvollen Familienplanung noch zu einer angemessenen medizinischen Versorgung. Den angesprochenen Frauen, so die Argumentation, fehlen die entsprechenden Mittel, um weitere Schwangerschaften und somit eine «zu hohe Zahl» von Kindern zu verhindern.

Das *population establishment* stützt sich auf die zwar einfache Kausalität, dass freiwillige Familienplanung die Frauen in die Lage versetze, über die richtige Anzahl Kinder selbstbestimmt zu entscheiden. Damit würden sie nicht nur die Umwelt entlasten, sondern auch das Haushaltseinkommen. Sie gewännen Zeit, um einer Erwerbsarbeit oder auch einer politischen oder gemeinschaftlichen Tätigkeit nachzugehen. Was es also brauche, seien gute Möglichkeiten der Aufklärung und Verhütung. Diese Argumentationskette leuchtet auf den ersten Blick ein: weniger Kinder, weniger Kosten, weniger Umweltbelastung. Alle Grössen können statistisch untermauert werden. Familienplanung «wirkt» in der bevölkerungspolitischen Logik, indem ein direkter Zusammenhang zwischen der Einführung der Antibabypille und der rückläufigen Zahl der Erstgebärenden unter 22 Jahren hergestellt wird. Familienplanungserfolge werden an der steigenden Menge der von Frauen geleisteten Jahresarbeitsstunden gemessen. Familienplanung «wirkt», wenn die Kinderzahl abnimmt, die Haushalte kleiner werden und die Ernährungssicherheit einfacher wird.

2.2 Fragen an die «freiwillige Familienplanung»

Die Gelder für Familienplanung im globalen Süden sind im eigentlichen wie auch im übertragenen Sinne gut investiert, so zumindest sieht es auf den ersten Blick aus. Allerdings führt diese Argumentation zu vielen kritischen Fragen.

Wem dient freiwillige Familienplanung?

Auf der Mikroebene lässt sich das Konzept der freiwilligen Familienplanung für unterschiedlichste Interventionen nutzen. Viele Entwicklungs- und Frauengesundheitsorganisationen bedienen sich darauf, um an die knappen Gelder zu kommen. So etwa Organisationen, die sich zum Ziel setzen, die reproduktiven Rechte von Jugendlichen (auch gegenüber ihren Eltern) zu stärken. Sie finanzieren Projekte, die den Zugang zu Verhütungsmitteln und Sexualaufklärung erleichtern, und fördern Bewegungen in ihren Bemühungen, Jugendliche partizipativ zu unterstützen. Eine Politik aber, die das Wohl der ganzen Gesellschaft in den Fokus ihrer Interventionen der Entwicklungszusammenarbeit legt, müsste für alle den gleichberechtigten Zugang zu erschwinglicher und qualitativ Gesundheitsversorgung gewährleisten. Für viele Frauen sind Familienplanungsprojekte durchaus sinnvoll, sie bieten Schutz vor ungewollten Schwangerschaften. Es stellt sich allerdings die Frage, in welchem Verhältnis diese Angebote zu den Aufwendungen für eine Basisgesundheitsversorgung stehen. Die Ausgaben für Gesundheit im weiteren Sinne (staatliche Budgets, private Gelder, Entwicklungshilfe) zeigen, inwiefern sich die Bevölkerungslobby gegen die Verfechterinnen und Verfechter einer einschliessenden und qualitativ guten Basisgesundheitsversorgung durchgesetzt hat (siehe auch weiter oben sowie⁷). Vom gesamten ODA-Budget⁸ werden für reproduktive Gesundheit (inklusive Familienplanung) 12% (ohne HIV und AIDS), bzw. 49% (inkl. HIV und Aids) ausgegeben. Für die allgemeine

Gesundheit bleiben gerade 14%. Der Trend weist gemäss OECD auf weitere Verschiebungen hin, die dieses Ungleichgewicht noch verstärken.⁹

Stehen die Menschen oder transnationale Wirtschaftsinteressen im Vordergrund?

In der Erzählung des *population establishments*, zu dem die UNFPA¹⁰, aber auch die Weltbank und die Trägerorganisation der *Safe Motherhood Initiative*¹¹ zu rechnen sind, werden Risikoszenarien von Müttersterblichkeit, Geburtenüberschuss und ungewollten Schwangerschaften beschrieben und direkt daran anknüpfend bevölkerungspolitische Massnahmen formuliert. Diese Logik geht davon aus, dass menschliches Leben bezähmbar, hierarchisierbar, bezifferbar, statistisch erfassbar und in diesem Sinne bewertbar ist.

In ihrem Fokus auf das Individuum, das seine reproduktiven Risiken durch Verhütung minimiert, gelingt es den multilateralen Organisationen, neoliberale Ziele der Maximierung von Humankapital mit sicherer Mutterschaft zu verknüpfen ohne dabei reproduktive Rechte in Abrede zu stellen. Gemäss der Logik tragen Arbeitnehmende zur Stabilität und zum Wohlstand einer Gesellschaft bei. Frauen sind ein marktwirtschaftlicher Gewinn, wenn sie statt zahlreiche Kinder zu gebären eine Ausbildung absolvieren und ins Berufsleben einsteigen. Dank Familienplanung erhalten sie die Möglichkeit, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und für Nahrung für die Familie zu sorgen. Doch die freiwillige Familienpolitik, wie sie Ecopop proklamiert, ist Ausdruck einer irreführenden Vermischung von bevölkerungspolitischen Strategien mit Umweltschutzziele. Sie stützt sich auf normierte Statistiken, die Vorgaben für das «ideale und gefahrlose Bevölkerungswachstum» machen. Entsprechend pro- und antinatalistischer Programme¹² sind Staaten gefordert, sich in diese normierten und bestimmten Zielhierarchien gehorchenden Entwicklungen einzufügen. Die Frage ist aber, ob Familienplanung in erster Linie dem Umweltschutz zugunsten der ganzen Bevölkerung dient oder ob sie sich doch eher an transnationalen Wirtschaftsinteressen orientiert. Entsprechend ist die Beeinflussung der Gesundheits- und Sozialpolitik durch westliche Staaten nicht nur demokratiepolitisch äusserst fragwürdig, sondern auch ethisch.

Tatsächliche oder nur vordergründige Selbstbestimmung?

Familienpolitik gilt seit der UN-Konferenz von Kairo als Bestandteil der internationalen Verpflichtungen zu sexueller und reproduktiver Gesundheit.¹³ Zum Menschenrecht erklärt, erscheint die Forderung nach freiwilliger Familienplanung mit Betonung auf «freiwillig» als Garantie, dass eine Frau «selbstbestimmt» entscheiden kann, zu verhüten oder sich beraten zu lassen. Dieser Aspekt ist deswegen bedeutungsvoll, weil in einzelnen Ländern Zwangssterilisationen als bevölkerungspolitische Mittel eingesetzt werden. Doch das *population establishment* instrumentalisiert Familienplanung daraufhin, den ratsuchenden Frauen (Männer sind nur äusserst selten angesprochen) naheulegen, wie sie sich vor «zu vielen» Schwangerschaften schützen können.¹⁴ Für feministische Gruppierungen greift diese Auslegung aber zu kurz. Denn die Selbstbestimmung der Frauen ist mit Familienplanung alleine nicht gewährleistet. Deshalb ist das Herzstück einer feministischen Konzeption von Familienplanung als Menschenrecht, gesellschaftliche Pflichten und Zwänge zu verstehen und nach Bedingungen zu fragen, innerhalb derer sich Handlungsspielräume von Frauen erweitern lassen. Sie erweitern das Konzept der Familienplanung mit dem Recht auf reproduktive Gesundheit, also um Fragen der sexuellen Orientierung und der individuellen Selbstbestimmung. In Hinblick auf transnationale Ungleichheiten, Hierarchien und Machtverhältnisse, denen Menschen und insbesondere Frauen weltweit ausgesetzt sind, ist dies zwingend nötig.

3 Familienplanung in der Entwicklungszusammenarbeit

Heute sind wir täglich mit Konstruktionen konfrontiert, die Frauen als «verletzliche Wesen» und Gefangene im Patriarchat des Südens zeigen: Bilder von Müttern im Hochwasser mit einem Kind auf der Schulter und Frauen, die in den Trümmern nach einem Erdbeben auf der Suche nach Wasser sind, visualisieren exemplarisch diese weibliche Opferhaftigkeit. In dieser Logik scheint jedes Kind mehr als eine zusätzliche Last, die auf den Schultern der Frauen liegt. In der Tat sind Frauen weltweit überproportional von Armut betroffen, was sich in der Klimapolitik des *population establishments* optimal «verwerten» lässt. Denn gefährdete Frauen, insbesondere jene, die sich um Kinder sorgen, brauchen Unterstützung. Niemand kann etwas gegen Frauenrechte und gegen Projekte zum Schutz der verletzlichen Frauen haben. Bis weit in bürgerliche Kreise zeigen sich Exponentinnen und Exponenten bereit, Frauen in fernen Ländern des globalen Südens in ihren Emanzipationsbestrebungen unter die Arme zu greifen. Für Ecopop ist es somit ein Einfaches, mit diesen Fremdzuschreibungen (*Othing*) ihre finanziellen Forderungen zu legitimieren.

Für Netzwerke und NGOs, die sich für Frauenrechte im Allgemeinen und für das Recht auf reproduktive Gesundheit im Besonderen engagieren, ist es nicht einfach, die Argumentationskette weniger Kinder – weniger Menschen – weniger Umweltbelastung des *population establishments* zu durchbrechen. Viele Organisationen, auch in der Schweiz, stehen unter politischem und finanziellem Druck, leisten grosse ehrenamtliche Arbeit und kämpfen um ein Stück des kleinen Kuchens: den Zugang zu Budgets für Frauengesundheit und Familienplanung. Um die Existenzberechtigung zu behalten, stehen sie unter einem enormen Erfolgsdruck und müssen regelmässig ihre Wirkungen messen lassen und darlegen können.

Output und Leistungserbringung lauten die Devisen, zum Beispiel indem auf gute Resultate bei der Müttersterblichkeit oder die Nutzung familienplanerischer Angebote verwiesen werden kann. Es zeigt sich, dass immer mehr Programme nach New Public Management-Kriterien geplant, durchgeführt und ausgewertet werden. Mit diesem Fokus laufen die Organisationen aber Gefahr, die Wirkungs- und Machtmechanismen rund um das Thema Frauenrechte und Familienplanung aus den Augen zu verlieren. Feministische Forderungen und Zielsetzungen einer grundrechtsbasierten Sozial- und Gesundheitspolitik in der Organisationsentwicklung werden noch marginal behandelt. Die Projekte und Programme orientieren sich meist an Kosten-Nutzen-Rechnungen und «Wirkungsmessungen», wie sie vom *population establishment* propagiert werden, anstelle an Solidarität.

4 Familienplanung als Kosten-Nutzen-Rechnung

Mit dem Fokus auf antinatalistische Programme in der Entwicklungspolitik richtet sich Ecopop in erster Linie gegen Menschen in Ländern des globalen Südens, auch wenn sie sich stets gegen die unkontrollierte Einwanderung im Allgemeinen ausspricht. Das Postulat von Ecopop setzt schlussendlich aber auf Bevölkerungsreduktion, wo sich das Wachstum nicht «lohne». Aus einer feministischen Perspektive benutzt Ecopop Frauen- und Reproduktionsrechte als Deckmantel für neoliberale Ansätze von Profitmaximierung, Akkumulation und Gewinn. Menschen sind aber soziale Subjekte und kein Humankapital, in das investiert werden kann. Genau darauf zielt aber der Diskurs der Bevölkerungslobbyisten und -lobbyistinnen. Sind etwa Kinder einer Hirtenfamilie aus Tschad oder eines Haushaltes im Slum von Nairobi «zu viel», während Nachkommen der gut konsumierenden Mittelschicht in Bern erwünscht sind? In welche Menschen «lohnt» es sich zu investieren?

Entsprechend der Logik läuft Ecopop die grosse Gefahr, Menschen in «unerwünschte» und «erwünschte» einzuteilen und so neo-eugenischen, antifeministischen und postkolonialen Deutungen zuzudienen¹⁵. Auf der anderen Seite dieser demographischen Medaille hingegen, da wo gemäss Bevölkerungslobby sog. Humankapital vorhanden ist (z.B. in der Schweiz), zeigt sich eine mehrheitlich pro-natalistische Praxis. Sie widerspiegelt sich zum Beispiel in der Diskussion über die richtige Familienpolitik oder der Abtreibungsfinanzierung.

Für Frauen in Ländern des globalen Südens kennt Ecopop das Disziplinierungsinstrument der «freiwilligen Familienplanung», um den Schutz der Frauenrechte zu gewährleisten. Für Frauen aus den entwickelten Ländern des Nordens gilt, dass sie «selbstbestimmt» die Entscheidung über die «richtige» Anzahl Kinder fällen können und daher auch keine erzieherischen Massnahmen benötigen. Beiden Fällen liegt das Paradigma der «selbstbestimmten» Entscheidungen zugrunde: Reproduktive Gesundheit wird im einen Fall zur individuellen Verantwortung, während sie in Ländern des Südens zur Staatsangelegenheit wird. In beiden Fällen wirken subtile, aber fest verankerte Machtmechanismen: Die neoliberale Losung der individuellen Autonomie und Selbstbestimmung auf der einen, postkoloniale Macht auf der anderen Seite.

Diese postkoloniale Macht zeigt sich in Form von Staaten, die in das globale System des *population establishments* eingebunden sind, welches bevölkerungspolitische Absichten ohne jegliche demokratische Legitimation im Sinne der weltumspannenden freien Marktwirtschaft wirkungsmächtig durchgesetzt hat. Die Staaten werden zu schlichten Moderatoren der Aushandlungsprozesse, in denen Gesundheits- und Entwicklungsministerien, internationale Geldgeber und NGOs über die «richtige Gesundheitspolitik» und Massnahmen für die «freiwillige Familienplanung» entscheiden.

5 Frauenrechte und Selbstbestimmung

Die ökologischen und ökonomischen Bedrohungsszenarien von Ecopop zielen letztlich auf die Selektion «nützlicher Menschen» ab. Mit den vorgeschlagenen bevölkerungspolitischen Massnahmen stellen sie die Frau ins Zentrum. Aus einer historischen und soziologischen Perspektive muss in diesem Kontext das Paradigma der Selbstbestimmung im Zusammenhang mit Frauen- und reproduktiven Rechten kritisch diskutiert werden. Der Begriff der Selbstbestimmung wie auch jener der (Selbst-)Verantwortung ist seit den späten Sechzigerjahren ein zentrales feministisches Paradigma in Ländern des globalen Nordens. Kulturhistorisch unterliegen die Begriffe aber seit den Achtzigerjahren einem gesellschaftlichen Wandel. Eine historische Perspektive auf diese (feministischen) Deutungsmuster liefert der aktuellen Debatte in der Schweiz mehr Tiefenschärfe. Die Darstellung wendet sich deshalb im Folgenden auf die Frage, wie Feministinnen seit den späten Sechzigerjahren ihre Reproduktionsfähigkeit verhandelten.¹⁶

5.1 Auslesepolitik im Fokus feministischer Kritik

Schwangerschaftsabbruch, reproduktive Rechte und Frauengesundheit bildeten seit dem Ende der Sechzigerjahre zentrale Themen in feministischen Debatten. Im Gegensatz zu anderen Akteurinnen und Akteuren, etwa der Schweizerischen Vereinigung für die Strafflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs (SVSS), ging es feministischen Gruppen nie nur um eine Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebung, sondern um eine klare Straffreiheit.¹⁷ Die Entscheidung «Ob Kinder oder keine [...]»¹⁸ verstanden sie als eine Frage der Kontrolle über ihre Leben, um vollständig an der Gesellschaft teilzuhaben. Selbstbestimmung galt als die Möglichkeit, ganz über das eigene Leben und die Lebensperspektiven zu entscheiden – unabhängig von Gynäkologen, religiösen oder moralischen Standards. Im Kontext von

Abtreibung bedeuteten Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Autonomie die Verantwortung für eine Abtreibung, aber auch für eine Schwangerschaft und gewünschte Kinder – allerdings ohne normative Vorgaben von Institutionen und losgelöst vom «biologischen Schicksal».

Seit Mitte der Achtzigerjahre als «Auslesepolitik» und Werk von «Technodoktoren» angeprangert, gerieten Gen- und Reproduktionstechnologien in den Fokus feministischer Debatten. In «The Dialectic of Sex» 1970 [dt. Frauenbefreiung und sexuelle Revolution, 1975] vertrat die kanadische Feministin Shulamith Firestone die Position, dass nur «die Befreiung der Frauen von der Aufgabe der biologischen Reproduktion und von der Festlegung der Kindererziehung [...]»¹⁹ die Grundvoraussetzung für ökonomische Unabhängigkeit, Partizipation in der Gesellschaft und sexuelle Freiheiten biete. Sie sah in der Möglichkeit der künstlichen Fortpflanzung das zentrale Element, das den Frauen die Kontrolle über die eigene Reproduktion gab und dadurch einen zentralen Bestandteil innerhalb einer feministischen Revolution bilden konnte.²⁰

Im Gegensatz zu dieser technologiefreundlicheren Position befürchteten Schweizer Feministinnen fast durchgängig die Verbannung der Frauen aus der Schwangerschaft. In einem 1986 erschienenen Sammelband brachte die ehemalige Aktivistin der Organisation für die Sache der Frauen (OFRA) und damalige Nationalrätin der Progressiven Organisationen Schweiz (POCH), Anita Fetz, diese Position auf den Punkt:

*« Das ‹weibliche Wesen› mit seiner Fähigkeit, Leben zu geben, [...] scheint nun bezähmbar und damit kontrollierbar zu werden. [...] Schritt für Schritt wurde den Frauen Kontrolle und Wissen über den eigenen Körper genommen. Heute sind wir gerade im Bereich der Medizin von Männern abhängig, ausgesetzt den von ihnen entwickelten Technologien.»*²¹

Firestones Wissenschaftsoptimismus und die befreiende Wirkung der neuen Reproduktionstechnologien wurden von Schweizerischen Feministinnen nicht geteilt. In dieser Denktradition situiert sich die Argumentation auch fast 30 Jahre später.

Durch pränataldiagnostische Möglichkeiten sind Frauen zwar in der Tat mit mehr Wahlmöglichkeiten konfrontiert, allerdings führen sie nicht zwingend zu selbstbestimmten, autonomen Entscheidungen. Ärzte und Experten drängen zur Wahl innerhalb vorgegebener Optionen mit dem Ziel, «gewünschte», sprich Kinder ohne Behinderung, zu produzieren. Analog zu diesem Ansatz unterscheidet auch die bevölkerungspolitische Erzählung zwischen demografiepolitisch erwünschten und unerwünschten Kindern. In-vitro-Fertilisation, Embryotransfer, Leihmutterchaft auf der einen – aber auch gesundheitsschädigende Verhütungsmittel und Zwangssterilisation auf der anderen Seite bildeten, so Anita Fetz, «zwei Seiten der gleichen Medaille»²²: Sie führten zu einem Autonomieverlust aller Frauen weltweit. Frauen in den Industrieländern werde dadurch zu einem «Kind um jeden Preis» verholpen, während Frauen im globalen Süden ein Geburtenverbot auferlegt würde. Mittels biotechnologischen Verfahren würden «Frauen in ‹erwünschte Weisse› und ‹unerwünschte Farbige›» eingeteilt.²³

5.2 Frauenrechte im Sog neoliberaler Paradigmen

Die Frauenbewegung hat mit dem feministischen Paradigma der Selbstbestimmung sozialen Wandel nachhaltig geprägt. Gleichzeitig hinterliess das Aufkommen des neoliberalen Paradigma der Selbstbestimmung Spuren. Die politische Philosophin Nancy Fraser spricht von einer «List der Geschichte». Sie weist darauf hin, dass feministische Rhetoriken genutzt wurden und heute noch werden, um die kapitalistische Gesellschaft zu legitimieren. Dies führt dazu,

dass feministische Ideale wie Autonomie und Selbstbestimmung im Kontext neoliberaler Paradigmen umgedeutet und hinterfragt werden müssen.²⁴

Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechte sind zentrale Pfeiler für eine nachhaltige Entwicklung. Selbstverantwortung und die Kontrolle über den eigenen Körper sind wichtige feministische (und linke) Forderungen. Allerdings gilt es, diese Ansprüche vor dem Hintergrund neoliberaler Paradigmen kritisch zu durchleuchten. In der neoliberalen Logik liegt die Macht in der Eigenverantwortung des freien Individuums. Gesamtgesellschaftliche Überlegungen, Solidarität, bleiben dabei auf der Strecke. Eine linke, kritische Politik muss dazu dienen, Frauen als eigenständige Menschen anzuerkennen, aber gleichzeitig gesellschaftliche Pflichten und Zwänge zu verstehen und neoliberalen Machtmechanismen auf den Zahn zu fühlen. Denn Eingriffe in das Reproduktionsrecht im Namen der Selbstbestimmung zugunsten des Umweltschutzes führen in die Irre.

6 Familienplanung: Fremdenfeindliches Paradigma hinter humanistischer Maske

Ecopop verknüpft ihre Familienpolitik-Strategie mit ihrem Engagement für nachhaltige Entwicklung. Diese vermeintliche Plausibilität muss in Frage gestellt werden – ein nicht ganz einfaches Unterfangen. Die Zusammenhänge von Bevölkerungs-, Familienplanungs- und Klimapolitik sind weder selbsterklärend noch nachweisbar. Im Gegenteil, alle empirischen Daten zeigen deutlich, dass die Menschen, die nach Ecopop «zu viel» sind, deutlich weniger Energie (ver-)brauchen als die anderen. Die Ecopop-Initiative verschleiert unter dem Deckmantel einer humanistischen Umweltpolitik, der auch das Wohl der ärmsten Frauen nicht gleichgültig ist, dass sie eine knallharte und selektive Familien- und Zuwanderungspolitik anstrebt. Über Jahre machte das *population establishment* eine politische Praxis salonfähig, die ein fremdenfeindliches Paradigma hinter einer humanistischen und frauenrechtlichen Maske versteckt.

Jedes Projekt zur Unterstützung der reproduktiven Gesundheit von Frauen im globalen Süden kann instrumentalisiert werden, um in neokolonialer Manier die Definitionsmacht über die «richtige Familienform» bzw. Lebensgestaltung festzulegen. Die Bevölkerungslobby nutzt diese Definitionsmacht nicht nur für eine irreführende Bevölkerungspolitik, sondern auch um marktwirtschaftlich vorgegebenen Wachstumszielen gerecht zu werden. Indem Ecopop und das *population establishment* neoliberale Ansätze verfolgen, untermauern sie damit genau die Ausdifferenzierung in zwei hierarchisierte Gruppen von «erwünscht» und «unerwünscht».

Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit, allem voran Frauenrechtsorganisationen, sind deshalb gefordert, diese versteckten xenophoben Zusammenhänge aufzuzeigen und ihre eigene Rolle zu reflektieren. Der Blick darf nicht allein auf die individuell zu ermächtigende Frau gerichtet werden, wie es die Bevölkerungslobbyisten und Lobbyistinnen vorgeben. Gesundheit steht im Kontext sozialer und politischer Lebensbedingungen, in denen Frauen selbstbestimmt ihren Lebensstandard beeinflussen können. Demographen und Demographinnen tun also gut daran, Raum für unterschiedliche Strategien zuzulassen und bei wirkungsvollen Einschränkungen anzusetzen, die nicht bloss auf Disziplinierung ausgerichtet sind.

Um eine faire Verteilung der Ressourcen zu erreichen und somit auch im Sinne der Menschenrechte dem Recht auf reproduktive Gesundheit als Bestandteil des Gemeinwohls zum Durchbruch zu verhelfen, braucht es mehr als die Stärkung der einzelnen Gesellschaftsmitglieder. Es braucht auch mehr als die unreflektierte Stärkung der neoliberal angehauchten individuellen Verantwortung oder Selbstbestimmung. Schliesslich ist das Ziel

einer Politik, die Solidarität, Menschen und ihre Grundrechte ins Zentrum stellt, die nach Verteilungsgerechtigkeit fragt und eine Kritik an der Ausbeutung von Natur und Mensch formuliert, den ökologisierten, ja mitunter auch rassistischen und utilitaristischen Bevölkerungsstrategien, wie just der von Ecopop propagierten «freiwillige Familienplanung», den – feministischen – Riegel vorzuschieben.

7 Endnoten

¹ Wir bedanken uns herzlich bei Susanne Schultz für ihre nützlichen Hinweise.

² Vgl. Ecopop, Eine ökologisch orientierte Bevölkerungspolitik, Wädenswil 2006.

³ An der UNO-Bevölkerungskonferenz von 1994 in Kairo wurden das Recht auf reproduktive Gesundheit als bevölkerungspolitischer Auftrag festgeschrieben und ein auf Empowerment ausgerichtetes Aktionsprogramm verabschiedet, das als wichtigste Elemente die individuelle Selbstbestimmung über Sexualität und Fortpflanzung betont.

⁴ Vgl. Autorinnenkollektiv Bevölkerungspolitik, Das Schweigen nach Kairo, institutionalisierte Bevölkerungspolitik. In: iz3W 297/2006

⁵ Vgl. u.a. Kortendiek, Beate, Art. Familienplanung, in: Metzler-Lexikon Gender Studies, Stuttgart/Weimar 2002, S. 99.

⁶ Vgl. UNFPA, Kurzfassung des Weltbevölkerungsberichts 2012: Das Recht auf Entscheidung. Familienplanung, Menschenrechte und Entwicklung, Hannover 2012.

⁷ Siehe „Recent Trends in Official Development Assistance to Health“ der OECD, online auf : <http://www.oecd.org/dac/stats/37461859.pdf>

⁸ Die Official Development Assistance ODA ist Entwicklungshilfe, die in Form von Zuschüssen und Darlehen vom öffentlichen Sektor an die Entwicklungsländer der sog. DAC-Liste vergeben werden

⁹ <http://www.oecd.org/dac/stats/37461859.pdf>,

¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹ Die *Save Motherhood Initiative* wurde 1987 gegründet. Mitglieder sind: Weltbank, UNFPA, UNICEF, WHO, Population Council und die *International Planned Parenthood Federation*.

¹² Mit anti-natalistischen bzw. pro-natalistischen Programmen sind bevölkerungswirksame Interventionen gemeint, welche die Geburtenzahl eindämmen bzw. erhöhen wollen. Vgl. Schultz, Susanne, Neoliberale Transformationen internationaler Bevölkerungspolitik: Die Politik Post-Kairo aus der Perspektive der Gouvernamentalität, in: *Peripherie*, Nr. 92, Jg. 2003, Münster 2003, S. 452-480.

¹³ An der Weltbevölkerungskonferenz 1994 (vgl. FN 2) verdichtet sich die unheilige Verknüpfung von reproduktiven Rechten und Überbevölkerung und es gelingt der Bevölkerungslobby damit viele Frauenrechtsorganisationen auf ihre Seite zu ziehen. <http://www.un.org/documents/ecosoc/cn17/ipf/1995/ecn17ipf1995-12.htm> (Zugriff: 9.1.2013).

¹⁴ Vgl. UNFPA, Kurzfassung des Weltbevölkerungsberichts 2012: Das Recht auf Entscheidung. Familienplanung, Menschenrechte und Entwicklung, Hannover 2012, S. 27.

¹⁵ Schultz, Susanne, Neoliberale Transformationen internationaler Bevölkerungspolitik: Die Politik Post-Kairo aus der Perspektive der Gouvernamentalität, in: *Peripherie*, Nr. 92, Jg. 2003, Münster 2003, S. 452-480, hier S. 462.

¹⁶ Die folgenden Ausführungen basieren auf die im Mai 2014 eingereichte Dissertation von Leena Schmitter: „Politiken der Reproduktion. Die Frauenbewegung und die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in der Schweiz (1971-2002)“.

¹⁷ Zwischen 1971 und 2002 manifestierte sich ein immer wieder deutlich werdender Graben zwischen feministischen Anliegen der (neuen) Frauenbewegung und der SVSS, deren Hauptexponentin Anne-Marie Rey war und bilden u.a. Inhalt der genannten Dissertation. Rey gehörte zu den InitiantInnen der ersten Initiative für die Strafflosigkeit der Abtreibung (1971) und war Sekretärin der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen (SAfB), die heutige Ecopop, der sie auch heute noch angehört. Die Lancierung der Initiative 1971 basiert auf den Vorarbeiten der SAfB. Vgl. Rey, Anne-Marie, Die Erzeugelmacherin. Das 30-jährige Ringen um die Fristenregelung, Zürich 2007, S. 89-91. Die erste Initiative für die Strafflosigkeit der Abtreibung von 1971 wurde von Rey mitlanciert und mitgetragen. Nach deren Rückzug 1975 und Ersetzung durch eine liberalere Fristenregelungsinitiative 1976, sprach sich die 1973 gegründete SVSS – im Gegensatz zu feministischen Gruppen – öffentlich nicht für die Strafffreiheit, sondern die Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebung aus.

¹⁸ „Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine!“ lautete ein Slogan der Frauenbewegung im Kampf für freie Abtreibung.

¹⁹ Gymnich, Marion, Firestone, Shulamith, in: Metzler Lexikon Gender, Stuttgart 2002, S. 110

²⁰ Firestone, Shulamith, Frauenbefreiung und sexuelle Revolution, Frankfurt a. M 1975 [i.O. 1970], S. 191.

²¹ Fetz, Anita, Reproduktionstechnologien: Den Preis bezahlen die Frauen, in: Fetz, Anita; Koechlin, Anita und Ruth Mascarin, Gene, Frauen und Millionen. Diskussionsbeitrag zu Gen- und Fortpflanzungstechnologien, Zürich 1986, S. 9-26, hier S. 19.

²² Fetz, Reproduktionstechnologien 1986, S. 10.

²³ Vgl. ebd.

²⁴ Vgl. ebd., S. 50.

8 Literatur

Autorinnenkollektiv Bevölkerungspolitik, Das Schweigen nach Kairo, institutionalisierte Bevölkerungspolitik. In: *iz3W* 297/2006, S. 20-25.

Fraser, Nancy, Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 54. Jg., Nr. 8, 2009, S. 43–57

Gymnich, Marion, Art. Firestone, Shulamith, in: *Metzler Lexikon Gender Studies*, Stuttgart 2002, S. 110

Höhler, Sabine, Die Wissenschaft von der „Überbevölkerung“ Paul Ehrlichs „Bevölkerungsbombe“ als Fanal für die 1970er-Jahre, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 3 (2006), H. 3, online auf: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Hoehler-3-2006> (Zugriff: 9.1.2013).

Kortendiek, Beate, Art. Familienplanung, in: *Metzler-Lexikon Gender Studies*, Stuttgart/Weimar 2002

Schubert-Lehnhardt, Viola, Die Selbstbestimmung der Frau und die Gentechnologie, in: *Utopie kreativ*, H. 137, 2002, S. 253–259.

Schultz, Susanne, Antinatalismus postkolonial. Zur flexiblen Kontinuität internationaler Bevölkerungsprogramme, in: Husa, Karl et al. (Hg.), *Weltbevölkerung. Zu viele, zu wenige, schlecht verteilt?*, Wien 2011, S. 228–245.

Schultz, Susanne, Neoliberale Transformationen internationaler Bevölkerungspolitik: Die Politik Post-Kairo aus der Perspektive der Gouvernamentalität, in: *Peripherie*, Nr. 92, Jg. 2003, Münster 2003, S. 452-480.

Quellen

Ecopop, Eine ökologisch orientierte Bevölkerungspolitik, Wädenswil 2006.

Ehrlich, Paul R., *The Population Bomb*, New York 1968.

Bestand des Schweizerischen Sozialarchivs Zürich: Ar 201.168.1, Aktionsforum Mutterschaft ohne Zwang (MoZ), Akten 1985-1991.

Fetz, Anita, Reproduktionstechnologien: Den Preis bezahlen die Frauen, in: Fetz, Anita, Koechlin, Anita und Ruth Mascarin (Hg.), *Gene, Frauen und Millionen. Diskussionsbeitrag zu Gen- und Fortpflanzungstechnologien*, Zürich 1986, S. 9–26.

Firestone, Shulamith, *Frauenbefreiung und sexuelle Revolution*, Frankfurt a. M 1975 [i.O. 1970], S. 191.

Rey, Anne-Marie, *Die Erzeugelmacherin. Das 30-jährige Ringen um die Fristenregelung*, Zürich 2007, S. 89-91.

UNFPA, *Kurzfassung des Weltbevölkerungsberichts 2012: Das Recht auf Entscheidung. Familienplanung, Menschenrechte und Entwicklung*, Hannover 2012.